

Calmer & Co. Calw

Nr. 271 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.
Montag, den 20. November 1922.
Veröffentlichungsort: Calw, im Verlagsbureau. — Preis: 10 Pf. —

Neueste Nachrichten.

Auf die neueste Feh- und Drohrede Poincaré's wurden dem Wolffsbureau von zuständiger Seite Angaben gemacht, die die Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten über die angebliche Blüte der Industrie Deutschlands widerlegen. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Ausfuhr heute knapp ein Drittel der Ausfuhr der Vorkriegszeit beträgt, daß die deutsche Industrie, wegen der dauernden Geldentwertung die Rohstoffe und Arbeitskräfte nicht mehr bezahlen könne, weil die Betriebsmittel nicht mehr ausreichen. Auch die Behauptung, daß der deutsche Steuerzahler weniger als der französische belastet werde, wird widerlegt. — Wir werden die Erwiderung morgen veröffentlichen.

Geheimrat Cuno hat seinen Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt, weil die Sozialdemokraten seiner Absicht, ein Kabinett von Wirtschaftsführern zu bilden, Widerstand entgegenzusetzen haben. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratie wollen nun ein sog. Minderheitskabinett der Mitte bilden, das jedoch allen innerpolitischen Eventualitäten ausgesetzt wäre. Hoffentlich gelingt es recht bald, eine tragfähige Regierung zu bilden, die uns nach außen hin heute besonders notwendig ist.

Die Ententevertreter sind in Lausanne angekommen. Sie haben schon in Paris Vorbesprechungen gepflogen, damit sie gegenüber den Türken und Russen einig dastehen. Bulgarien scheint sich jetzt auch der Ententepolitik zu nähern, und wird also wohl auf der Friedenskonferenz die ebenfalls gegen die Türken gerichtete Politik der Balkanstaaten stärken.

Die Frage der Bildung des Reichskabinetts.

Cuno lehnt die Kabinettsbildung ab.
Berlin, 18. Nov. Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Geh. Rat Dr. Cuno hat in den Abendstunden ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er mitteilt, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung endgültig ablehnen müsse.

Die Gründe Cunos.

Berlin, 18. Nov. Der mit der Bildung des Kabinetts beauftragte Geheimrat Cuno richtete an den Reichspräsidenten in den Abendstunden folgendes Schreiben: Herr Reichspräsident! Sie erteilten mir den Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts, nachdem Ihre persönliche Fühlungnahme mit den Parteiführern ergab, daß sämtliche Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie auf dem Boden der an die Reparationskommission gesandten Note vom 13. November stehen und mir das Vertrauen entgegenbringen, das neue Kabinett zu bilden. Im Hinblick hierauf habe ich den Auftrag in der Absicht angenommen, ein Kabinett der Arbeit zu schaffen, das in seiner Zusammensetzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Geschäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstags getragen wird. Die hierfür erforderlichen Besprechungen mit den Führern haben ergeben, daß einzelne Parteien nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern auch Anträge und Wünsche vorbringen, die die Zahl der einer Partei zu entnehmenden Kabinettsmitglieder und deren Person und Ressort, ja sogar die Frage betreffen, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen soll. Damit entfallen die Voraussetzungen, unter denen ein zu sachlicher Arbeit geeignetes Kabinett gebildet werden kann. So wenig ich die Notwendigkeit verkenne, die Zusammenfügung sicherzustellen, so sehr muß ich entschiedenes Gewicht darauf legen, daß die Auswahl der Mitglieder und der Ressorts dem Ermessen desjenigen überlassen bleibt, dem der Auftrag zur Bildung übertragen wurde. Da das zur Zeit nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hand zurücklegen zu dürfen, wobei ich nicht verfehlen möchte, für das Vertrauen zu danken, das mir durch den Auftrag zuteil wurde. Mit der Versicherung ausgezeichneter Verehrung und Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr ganz ergebener Cuno. Der Reichspräsident hat die Parteiführer für abends 7 Uhr zu einer Besprechung bei sich gebeten.

Ein Kabinett der Mitte?

Berlin, 20. Nov. Wie die Blätter melden, hat am gestrigen Sonntag eine Zusammenkunft führender sozialdemokratischer Politiker stattgefunden, die zu dem Ergebnis kamen, daß die Sozialdemokraten die große Koalition nach wie vor ablehnen. Ein solcher Antrag soll der auf heute

nachmittag 2 Uhr einberufenen Fraktionsitzung unterbreitet werden. Sollten die Sozialdemokraten an ihrer ablehnenden Haltung weiterhin festhalten, so will Reichspräsident Ebert, wie die „Montagspost“ meldet, einen Führer der Arbeitsgemeinschaft mit der Bildung einer Minderheitsregierung betrauen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß noch im Laufe des gestrigen Abends, als das Ergebnis der sozialdemokratischen Sitzung bekannt wurde, die Führer der bürgerlichen Parteien sich miteinander in Verbindung gesetzt hätten. Nach dem Ergebnis dieser Besprechungen sei anzunehmen, daß zwischen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten ein Einverständnis darüber erzielt worden sei, ein bürgerliches Mittelkabinett zu bilden. Ob es sich um ein überparlamentarisches oder um ein politisches Kabinett handle, lasse sich noch nicht sagen. Fest steht aber, daß Geheimrat Cuno der Zustimmung dieser vier Parteien sicher sein könne.

Die Reparationsfrage.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Berlin, 18. Nov. Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sprach gestern abend Wirtschaftspolitischer Direktor Hans Crämer über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Deutschland habe noch keine ernsthafte Stunde gesehen, als diejenige, die nun geschlagen habe. Der Redner forderte die Beteiligung von den Führern der deutschen Wirtschaft an der Leitung der Staatsgeschäfte und trat für die Erhöhung der Produktion ein, damit Deutschland vom Auslande unabhängig werde. Von 81 Milliarden Mark für Kohlen, die aus England hatten bezogen werden müssen, hätten 58 Milliarden bei richtiger Ausnutzung der Produktionskraft der deutschen Kohlengebiete erspart werden können. Ferner sei das deutsche Wirtschaftsleben belastet mit der Kohlensteuer von mindestens 300 Milliarden. — Der Redner warf schließlich die Frage auf, ob denn wirklich die hohen Preise berechtigt oder ob nicht viele Produzenten über das erlaubte Maß hinausgingen. Anschließend an die Ausführungen Crämers erklärte der preussische Handelsminister Siering, daß die preussische Staatsregierung zu wichtigen Entschlüssen über die Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion gelangt sei. Diese Beschlüsse könnten die Hoffnung verbürgen, daß wir zukünftig die Einfuhr ausländischer Lebensmittel würden entraten können.

Die systematische französische Heze.

Paris, 18. Nov. Das „Journal des Debats“ schreibt zu der gestrigen Kammeritzung, Deutschland sei es gelungen, sich zahlungsunfähig zu machen, ohne etwas bezahlt zu haben. Seine Zahlungen in bar und in Devisen überstiegen, wie Poincaré gestern in Erinnerung gerufen habe, nicht eineinhalb Millionen Goldmark. Nicht dadurch sei es ruiniert und die Mark entwertet worden. Seit vier Jahren erlebe man die Flucht alles dessen, was in Deutschland einfließen zu machendes, den Gläubigern übertragbares Gut haben darstelle, aus dem Lande. Heute sehe man den Alliierten auseinander, daß nur wertloses Papier und Besitztümer da seien, die sich nicht über die Grenze bringen ließen. Dieses Versteckspiel sei vielleicht als Taschenspielerkunststück wunderbar gelungen, aber der französische Steuerzahler, der an die Stelle des deutschen trete, sei nicht so gestimmt, daß er das ästhetische Verdienst dieses Treibens würdigen möchte. Er müßte erleben, daß ihm die Morgenröte der Zahlungen ausginge, sei es in Natura sei es in bar, und — fragt das Blatt — werden wir so weit in einem Monat sein? Wird die Brüsseler Konferenz für uns wieder negativ sein wie so viele vorangegangene, deren bloße Namen schon vergessen sind? Der Ausschub der Interpellationsdebatte sei seine letzte Frist, die für das Vorgehen der Regierung gewährt worden sei. Jedermann wünsche innig, daß dieses Vorgehen sich durchgreifend gestalte und daß die nächste Vertrauensabstimmung erzielte und nicht mehr bloß erhoffte Resultate zum Gegenstande haben werde. Weder im Lande noch im Parlamente bestehe irgend ein Bedürfnis nach unruhigbaren Krisen, aber die allzu oft enttäuschten Hoffnungen endeten in Entmutigung.

Besprechungen der

neutralen Finanzachverständigen mit Poincaré

Berlin, 18. Nov. (WB.) Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus dem Haag hat sich der Präsident der Niederländischen Bank, Bisseling, nach Paris begeben, um gleich dem Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank,

Dubois, einen Meinungsaustausch mit Poincaré über die Frage der Markstabilisierung zu haben.

Clemenceau's Ankunft in Amerika.

Die üblichen Gesundheitsleiden.
Paris, 19. Nov. Bei seiner Ankunft in Newyork erklärte Clemenceau, einer Meldung der Havasagentur zufolge, er sei gekommen, um klarzulegen, daß Frankreich weder militärisch noch imperialistisch sei und es ein starkes Heer nur deshalb unterhalte, weil es keine andere Bürgerschaft gegen einen neuen Angriff besitze. Gebe man ihm die notwendigen Bürgschaften, so werde es alsbald sein Heer entlassen.

Morgan in Berlin.

Berlin, 19. Nov. Nach dem „Berliner Tageblatt“ trifft Pierpont Morgan, der in Paris unter anderem Besprechungen mit Poincaré hatte, heute oder spätestens morgen in Berlin ein. Seine Reise sei amtlich nicht angekündigt. — Das Blatt begründet es, daß Morgan sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage Deutschlands machen will, warnt aber vor besonderen Hoffnungen, da es sich vermutlich nur um persönliche Informationen handeln werde. — Herr Morgan gehört mit zu denen, die die Entente am meisten unterstützt und schließlich den Eintritt Amerikas in den Krieg verschuldet haben. Hoffentlich überfliehet man das in Berlin nicht.

Beginn der Konferenz von Lausanne.

Die Ankunft der Delegierten.

Paris, 19. Nov. Poincaré und Lord Curzon haben heute vormittag Paris verlassen, um nach Lausanne zu reisen. Die Zusammenkunft mit Mussolini soll nicht, wie gestern von französischer Seite mitgeteilt wurde, in Territet, sondern in Lausanne stattfinden. Nach einer Havasmeldung aus Lausanne findet die interalliierte Konferenz zwischen Poincaré, Lord Curzon und Mussolini heute abend in einem Hotel in Dully, dem Sitz der englischen Delegation, statt.

Paris, 19. Nov. Die Eröffnung der Lausanner Friedenskonferenz ist auf Montag nachmittag 5 Uhr festgesetzt. Poincaré wird dieser Sitzung als Zuschauer beiwohnen. Nach einer Havasmeldung hat er die Absicht, Lausanne am Dienstag abend zu verlassen. Der zweiten Sitzung der Friedenskonferenz, die auf Dienstag anberaumt ist, wird Poincaré nicht beiwohnen. Havas zufolge wird der französische Ministerpräsident in Lausanne auch mit Vertretern der alliierten Balkanstaaten verhandeln.

Lausanne, 19. Nov. (Schweiz. Dep.-Ag.) Der Sonderzug mit Lord Curzon und Poincaré ist heute abend hier eingetroffen. Im Zuge befanden sich auch der französische Botschafter in Rom, Barrere, sowie Sir Rumbold, Zivillkommissar in Konstantinopel. Die Staatsmänner führen alsbald nach Territet, wo sie Gäste Mussolinis sind, der heute nachmittag in Territet eintraf.

Die Vorbesprechungen der Alliierten in Paris.

Paris, 18. Nov. Ministerpräsident Poincaré hat heute mittag zu Ehren Lord Curzons ein Frühstück gegeben. Im Anschluß daran haben sich Poincaré und Lord Curzon in den Konferenzsaal des Quai d'Orsay begeben und mit den Verhandlungen begonnen. Die Sitzung wurde um 3 Uhr von Poincaré eröffnet. Anwesend waren u. a. der italienische Botschafter Baron Avezzano, der englische Botschafter Lord Hardinge, ferner von englischer Seite u. a. Unterstaatssekretär Tyrrol und außerdem die beiden französischen Friedensdelegierten für Lausanne, der Botschafter in Rom Barrere und der ehemalige Botschafter in Konstantinopel Bompard. Auch Marschall Foch war anwesend.

Flucht des Sultans nach Malta.

London, 19. Nov. Wie aus Malta gemeldet wird, wird der Sultan morgen dort erwartet. Sein Adjutant ist schon am 12. November in Malta eingetroffen.

Um den Sultan und Kalifen.

Paris, 19. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel wird in kemalistischen Kreisen in aller Form dementiert, daß auf den ehemaligen Sultan ein Druck ausgeübt worden sei. Dem Kalifen seien stets alle Ehren erwiesen worden und sein Leben sei keineswegs bedroht gewesen. Nach einer weiteren Havas-Meldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora den Thronfolger Abdul Medschid Effendi zum Kalifen gewählt. Die offizielle Bekanntgabe der Wahl soll unverzüglich erfolgen. Die Einsegnungszeremonie werde morgen stattfinden. — Die Engländer zeigen das Bestreben, den ehemaligen

cher Hof.
nd abends 8 Uhr
Akten
m:
rison“.
bet im
ozheim
Hundefreunde.
re
efchenke
n!
eliches
neue
us
sens.
leinen
rchherr.
Werkstätte
ndagen,
straße 23,
t-Armes,
t-Kunst-Beines.
scher Apparate
zial-Fachmann.
eschäften
Stettin
Vertreter:
Fernruf 1457.
re alles
äulein
ellung auf einem
der in der Nähe
n Büro zu sofort
ntritt. Stenogra-
Maschinenarbeiten
Anfangsprobe in
Angebote sind er-
er S. A. an die
stelle ds Bl.
mauzer
au, wachsam, Nüde,
schen
uchtelweg 625.
sch berichtet
s Calmer
agblatt über
e wissens-
erten Vor-
ommnisse!

